

# Beschlüsse des Landesausschusses der NRW Jusos am 14. Juli 2019 in Oer- Erkenschwick

# Inhaltsverzeichnis

## LA Zum Landesausschuss eingegangene Anträge

LA1	Unser Wir braucht Dich – Das Comeback der SPD liegt in unseren Händen!	2
LA2	Zum Glück in die Zukunft – den Sozialstaat weiterdenken	6
LA3	Selbstbestimmung statt Gängelung – wir stehen für ein emanzipatorisches Bildungsideal in der Hochschullandschaft in NRW!	13
LA4	IGGS – Kind ist Kind	15
LA8	Verhütungsmittel kassenfinanziert	22
LA9	Gesetzeslücke schließen: Keine unbezahlte „Test-Arbeit“	23

# LA1

## Unser Wir braucht Dich – Das Comeback der SPD liegt in unseren Händen!

1 Für uns steht außer Frage, dass es die SPD braucht – gerade in Zeiten wie diesen. Klar ist aber auch: Gebraucht  
2 wird eine andere SPD, als wir sie heute kennen. Um ein echtes Comeback zu schaffen, muss sie sich mit neuer  
3 Zuversicht an die großen Herausforderungen unserer Zeit wagen. Nur so kann sie in Zukunft wieder eine echte  
4 politische Alternative für alle sein, die gegen den Status Quo aufbegehren und für eine bessere Gesellschaft  
5 kämpfen. Von ihren Grundwerten – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – geleitet, muss sie daher Antworten auf  
6 die drängenden Fragen unserer heutigen Zeit liefern. Dafür wollen wir kämpfen.

7 Die SPD muss sich wieder dem Ziel verschreiben, die Ausbeutung von Mensch und Natur mit all ihrem politi-  
8 schen Handeln zu bekämpfen. Der Kapitalismus, der heute immer größere Teile unseres Lebens ökonomisch  
9 verwertet, tut beides: Er zerstört unsere Erde, die Grundlage unseres Lebens ist, und hat die Ausbeutung der  
10 großen Mehrheit der Gesellschaft zur Grundlage. Diese Entwicklungen führen auch dazu, dass der gesellschaft-  
11 liche Zusammenhalt schwindet.

12 Es ist Zeit, dieses System, in dem wir wirtschaften, grundsätzlich in Frage zu stellen. Das vermeintliche Ver-  
13 sprechen des Kapitalismus, dass alle es schaffen können, wenn sie sich nur genug anstrengen, entlarvt sich  
14 als Täuschung: Heute zählt nicht, OB und WAS du leistest, sondern WO du geboren wirst und in WELCHEM  
15 Umfeld du groß wirst. Ziel unserer Politik ist es aber, dass alle ein gutes Leben führen können, egal wo sie  
16 herkommen, was sie glauben, welches Geschlecht sie haben, oder wen sie lieben. Dabei stemmen wir uns  
17 dagegen, dass der Mensch nur anhand seiner Verwertbarkeit beurteilt wird. Wir stehen für die Anerkennung  
18 derjenigen, die Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen und so Arbeit jenseits von Erwerbsverhält-  
19 nissen leisten. Ob in der Pflege, der Kindererziehung, der Ausübung eines Ehrenamtes, der Bemühung um  
20 den Schutz der Umwelt – überall sehen wir, dass die kapitalistische Verwertungslogik eine falsche ist und die  
21 Axt an die gesellschaftliche Solidarität legt. Wir sagen: Unser Wir braucht Dich! Anerkennung verdient, was  
22 sozialgerecht und ökologisch ist. Die SPD muss aus dieser Haltung heraus die Gesellschaft und Wirtschaft so  
23 umgestalten, dass die Widersprüche unserer Zeit aufgehoben werden:

- 24 • Durch technologische Weiterentwicklung verändern wir die Art und Weise wie wir zusammenleben und  
25 Arbeiten immer weiter. Wie gelingt es uns, dass alle von diesem Fortschritt profitieren und wir dabei in  
26 mehr Freiheit leben können, anstatt in weniger?
- 27 • Wir haben nur eine Erde, sind aber auf dem besten Weg, sie zu zerstören. Wie schaffen wir es, unsere  
28 Lebensgrundlage zu erhalten, die Erderwärmung global aufzuhalten und Artenvielfalt zu schützen?
- 29 • Unsere Gesellschaft sieht einer zunehmenden Spaltung entgegen, auf die wir Antworten geben müs-  
30 sen. Dafür gilt es, die vielfältigen Ursachen in den Blick zu nehmen: von der ungleichen Verteilung des  
31 Reichtums über die Durchdringung des Kapitalismus aller Lebensbereiche bis hin zu den immer weiter  
32 zunehmenden Angriffen von rechts auf die liberale Gesellschaft. Wie gestalten wir im Gegenzug eine  
33 Gesellschaft, die Solidarität an erster Stelle sieht?

### 34 **Unser Wir braucht das Zukunftsversprechen 4.0 : Der nächsten Generation wird es besser gehen**

35 Wir sind fest davon überzeugt, dass der technische Fortschritt für ein besseres und freieres Leben für alle sor-  
36 gen kann, sofern die SPD ihn gestaltet. Es wartet eine bessere Zukunft auf uns und die nächsten Generationen,  
37 für die wir heute kämpfen müssen.

- 38 • Wir führen eine Digitalsteuer ein: Wo Konzerne mit unseren Daten Geld verdienen, muss die Gesell-  
39 schaft am Gewinn beteiligt werden.
- 40 • Wir verkürzen die Arbeitszeit zu gleichem Lohn: Der technische Fortschritt sorgt für steigende Produk-  
41 tivität, weil wir als Beschäftigte ihn hervorbringen. Deswegen müssen wir auch davon profitieren.

- 42 • Unsere Arbeit, unser Betrieb: Wir als Beschäftigte erwirtschaften die Gewinne in unseren Betrieben.  
 43 Deshalb wollen wir auch mitbestimmen, wie unser Unternehmen organisiert ist und wie die Zukunft  
 44 unseres Unternehmens aussieht. Wir weiten die betriebliche auf unternehmerische Mitbestimmung  
 45 aus, denn unser Ziel bleibt die Demokratisierung aller Lebensbereiche – einschließlich der Wirtschaft.
- 46 • Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Problem, sondern eines unserer Gemeinschaft: Wir streben die  
 47 Arbeitsversicherung als Ersatz zur Arbeitslosenversicherung an und gestalten so den Wandel der Ar-  
 48beitswelt. Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass der Weiterbildung und Umschulung der gleiche  
 49 Stellenwert zukommt wie der Schul- und Ausbildung. Nicht weniger als eine Bildungsrevolution ist dafür  
 50 nötig. Wir setzen sie um.
- 51 • Langfristig streiten wir für eine Jobgarantie im europäischen Rahmen: Wir garantieren, dass es für jede  
 52 und jeden einen fair bezahlten Platz in dieser anderen Arbeitswelt gibt.
- 53 • Wir stehen für ein Grundrecht auf Wohnen und sehen es als staatliche Aufgabe an, dieses zu realisie-  
 54ren. Wer dieses Grundbedürfnis lediglich dafür nutzt, Profite zu erwirtschaften, hat in uns die entschie-  
 55denste Gegnerin. Wohnraum muss wieder für alle bezahlbar sein, dafür werden wir durch öffentliche  
 56Wohnungsbaugesellschaften, entsprechende konsequente Gesetzgebung und falls nötig auch Enteig-  
 57nungen sorgen.
- 58 • Mit der gleichen Konsequenz werden wir für eine geschlechtergerechte Gesellschaft kämpfen und end-  
 59lich dafür sorgen, dass Frauen den gleichen Zugang zu guter Arbeit haben. Da Frauen im Schnitt immer  
 60noch 21 Prozent weniger verdienen als Männer, legen wir folgerichtig besonderen Wert auf die Ent-  
 61geltgleichheit zwischen den Geschlechtern. Außerdem muss die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der  
 62unbezahlten Care-Arbeit neu organisiert werden. Das heißt für uns, dass große Teile der heute un-  
 63bezahlten Care-Arbeit in Erwerbsarbeit mit guten Arbeitsbedingungen und gerechter Bezahlung über-  
 64führt werden muss. Verbleibende Care-Arbeit muss geschlechtergerecht verteilt werden und sich mit  
 65Erwerbsarbeit und den anderen Anforderungen des Lebens vereinbaren lassen.
- 66 • Vom baulichen Zustand der Schulen bis zu regelmäßigen Verspätungen bei der Bahn – der gewaltige In-  
 67vestitionsstau ist längst für die Bürger\*innen in ihrem Alltag spürbar. Der neoliberale Politikansatz von  
 68Schuldenbremsen und schwarzen Nullen hat dazu geführt, dass der Staat den Menschen kein glaub-  
 69haftes Wohlstandsversprechen für die Zukunft mehr geben kann. Die Gesellschaft muss dafür Sorge  
 70tragen, dass ein gutes Leben für alle möglich ist. Es braucht ausreichende Finanzmittel für Mobilität,  
 71Schulen, Sportplätze, Kultureinrichtungen und Schwimmbäder – der gesamten öffentlichen Daseins-  
 72fürsorge. Schluss mit dem Spardiktat und der Lüge, es gäbe Schulden nur auf dem Konto und nicht  
 73auch in der Infrastruktur. Daher darf die öffentliche Daseinsvorsorge nicht an die Privatwirtschaft ge-  
 74hen, sondern muss in öffentlicher Hand sein.

#### 75 **Unser Wir ändert das System, nicht das Klima!**

76 Wir wissen, dass unser Zukunftsversprechen 4.0 nur zu halten ist, wenn für uns die Bekämpfung der Klimakrise  
 77 ganz oben steht. Dabei kann Klimaschutz nur global gelingen. Gleichzeitig bleibt es die wichtigste Aufgabe der  
 78 SPD, gute Arbeit zu schaffen: Wir werden die Klimakrise bekämpfen und Industriestandort mit guten Arbeits-  
 79plätzen bleiben. Beides zusammenzuführen ist gerade unsere politische Aufgabe. Wir garantieren, dass unsere  
 80Zukunft nicht gefährdet wird. Für uns ist klar: Wir müssen das System im Gesamten ändern. Ein nachhaltiges  
 81Leben führen zu können, darf nicht an teure Lösungen geknüpft sein, die sich einige wenige leisten können,  
 82sondern muss durch strukturelle Lösungen allen ermöglicht werden. Der Appell an die individuelle Verantwor-  
 83tung kann nicht überdecken, dass vor allem der Kapitalismus und das damit verbundene Profitinteresse der  
 84Konzerne dazu führt, dass unsere Welt zerstört wird.

- 85 • Wir garantieren, dass Deutschland und Europa seinen Teil des Pariser Abkommens erfüllen und legen  
 86 dazu konkrete Maßnahmen unter anderem in einem Klimaschutzgesetz vor.
- 87 • Diese Verantwortung ist aber eine Gesamtgesellschaftliche. Gerade NRW kann sich keinen zweiten  
 88 misslungenen Strukturwandel leisten. Nur, wenn wir gemeinsam und als Industriestandort die Wen-  
 89de schaffen, werden wir international Vorbild sein und langfristig den Rückhalt für ein nachhaltiges  
 90 Wirtschaften sichern. Deshalb brauchen wir eine strategische Industriepolitik, die mit einem aktiven  
 91 Staat wirtschaftliches Wachstum, gute Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit voranbringt. Die öffent-  
 92liche Hand muss also massiv investieren – vor allem in Regionen, die vom Wandel betroffen sind, wie

93 das Rheinische oder das Lausitzer Braunkohlerevier und das Ruhrgebiet. Wir sagen: Unserer Genera-  
 94 tion bringt es gar nichts, wenn wir einen ausgeglichenen Staatshaushalt vererbt bekommen, aber die  
 95 Folgen der Klimakrise unsere Lebensgrundlage zerstören. Auch unserer Kinder wollen noch auf dieser  
 96 Erde leben. Deshalb: Weg mit der schwarzen Null. Wir brauchen Investitionen, Investitionen, Investitio-  
 97 nen in Forschung, Netzausbau und erneuerbare Energien! Wir fordern einen Green New Deal, der aus  
 98 der Bekämpfung der Klimakrise einen Motor für gute Arbeit macht.

99 • Wir wollen den fahrscheinlosen ÖPNV – so schnell wie möglich im Nahverkehr in ganz Deutschland.  
 100 Mit diesem politischen Handeln versprechen wir uns nicht nur, dass der Individualverkehr spürbar ab-  
 101 nimmt, sondern das Grundrecht auf Mobilität jedem Menschen in unserer Gesellschaft bedingungslos  
 102 zusteht.

103 • Von der Straße auf die Schiene: Massive Investitionen in den Schienenverkehr jetzt! Um die Straßen  
 104 und die Umwelt zu entlasten, fordern wir das Jahrzehnt der Investitionen in die Schiene. Dabei wollen  
 105 wir neue Verbindungen sowohl für den Personen- als auch für den Güterverkehr ermöglichen und  
 106 möglichst getrennte Netze reaktivieren und aufbauen.

107 • Echter Klimaschutz nur in den Vereinigten Staaten von Europa! – CO2 kennt keine Grenzen, deshalb  
 108 können wir nur erfolgreich sein, wenn wir im internationalen Schulterchluss die Erderwärmung be-  
 109 kämpfen. Nicht nur das zeigt, Nationalstaaten sind überholt. Wir streiten für Vereinigte Staaten von  
 110 Europa mit Deutschland als Bundesstaat, auch um in dieser Zusammenarbeit die großen globalen Fra-  
 111 gen besser lösen zu können.

## 112 Unser Wir braucht ein solidarisches Miteinander

113 Eine zentrale Frage unserer Zeit bleibt, wie wir ein solidarisches Zusammenleben der Gesellschaft gestalten.  
 114 Die Antworten auf die großen Herausforderungen der Zukunft bringen eine klare Richtungsentscheidung mit  
 115 sich – Unsere Richtung ist klar: Wir wollen uns gegen Spaltung mit unserer Vision von einer solidarischen Ge-  
 116 sellschaft durchsetzen. Dabei stehen drei große Punkte für uns im Fokus: Eine Solidarität, die alle Geschlechter  
 117 gleichstellt, eine Solidarität, die ressourcengerecht ist und umverteilt, eine Solidarität, die Menschen zusam-  
 118 menbringt und Spalter\*innen von rechts keinen Raum gibt.

119 Wir wollen uns nicht mit den gleichstellungspolitischen Errungenschaften zufriedengeben, sondern fordern  
 120 eine tatsächlich gleiche Teilhabe in allen Lebensbereichen, von denen alle Geschlechter profitieren werden.  
 121 Für uns steht dabei die Machtfrage im Vordergrund. Wir fordern die Hälfte der Macht ein, in den Parlamenten,  
 122 Räten, aber auch in Führungspositionen. Als erste Maßnahmen sind daher für uns zu nennen:

123 • ein Paritätsgesetz, das durch eine Quote für Parlamente endlich einen gleichen Zugang zu Ämtern und  
 124 Mandaten öffnet

125 • eine echte Geschlechterquote für Führungspositionen, da die aktuelle Quote weit hinter ihren erdach-  
 126 ten Zielen zurückbleibt

127 • einen Sozialstaat, der Frauen nicht mehr in Rollenbilder drängt und somit sie zu echter gleichberech-  
 128 tigter Teilhabe befähigt

129 Wir wollen eine Solidarität, die eine Umverteilung von unten nach oben schafft. Wir wollen eine gerechte Ver-  
 130 teilung für alle, nicht nur in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt, im Bewusstsein, dass dies nur in einer  
 131 sozialistischen Wirtschaftsweise gelingt. Denn Solidarität kann für uns nur global umgesetzt werden. Daher  
 132 fordern wir folgende erste Maßnahmen:

133 • ein gerechtes Steuersystem, das hohes Einkommen und Vermögen stärker belastet, durch eine  
 134 Erbschafts-, Vermögens-, Finanztransaktions- und gerechte Lohnsteuer und ein entschlossener Kampf  
 135 gegen Steuerhinterziehung und Steuervermeidung.

136 • eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik, die durch gezielte Investitionen Ungleich-  
 137 heiten ausgleicht und gemeinsame wirtschaftliche und soziale Perspektiven schafft.

138 • eine solidarische Welt: Wir brauchen einen Investitionsplan mit den Staaten in Afrika, Teile Asiens und  
 139 Lateinamerikas! Die Länder des globalen Nordens sollen dabei diesen Staaten mit Hilfe von nachhal-  
 140 tigen Konjunkturprogrammen unter die Arme greifen. Die derzeit bestehende Abhängigkeit der Län-  
 141 der der sogenannten Dritten Welt soll nicht verfestigt, sondern gezielt gelöst werden. Dir derzeitige

142 Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, die die wirtschaftlich stärkeren Länder weiterhin privilegiert, leh-  
143 nen wir ab.

144 • Länder des globalen Südens müssen die Möglichkeit haben ihre einheimischen Produkte und Märkte  
145 zu fördern. Zudem fordern wir die Aufkündigung bzw. radikale Neuverhandlung von Freihandelsab-  
146 kommen, welche die Handelsbilanzen eines Handelspartners nicht unverhältnismäßig gegenüber des  
147 anderen bevorteilt oder die Entwicklung des eigenen Marktes von Ländern des globalen Südens ver-  
148 hindert.

149 Dies alles kann jedoch nur umgesetzt werden, wenn wir ein solidarisches Miteinander leben. Der Kampf gegen  
150 Rechts bleibt für uns daher essentiell. Aus der Feststellung, dass viele innerstaatliche Institutionen auf dem  
151 rechten Auge blind sind, müssen endlich Maßnahmen folgen. Wir wollen uns nicht von den aufgebauchten  
152 Ängsten der konservativen und rechten Kräfte unsere Politik bestimmen lassen. Daher fordern wir:

153 • kein Staat darf zum Überwachungsstaat ausgebaut werden

154 • eine konsequente Aufarbeitung der rechten Netzwerke in Deutschland, vor allem in den eigenen Insti-  
155 tutionen

156 • Die Abwicklung des Verfassungsschutzes und Neustrukturierung der Sicherheitsdienste.

157 • einen Ausbau und langfristige Förderungen von Projekten gegen Rechts

158 • Inhaltliches Anbiedern an rechte Hetzer sind für uns absolute Tabus.

159 Unsere Antwort für ein Leben ohne Spaltung lautet ganz klar: Alle Menschen dürfen dort bleiben, wo sie möch-  
160 ten. Niemand verlässt seine Heimat grundlos. Wer glaubt, er könne Migration dauerhaft bekämpfen, belügt  
161 sich selbst. Denn nicht nur die eklatante globale Ungleichheit, sondern auch die zunehmend drastischen Fol-  
162 gen der Erderwärmung werden in den kommenden Jahren zu einer spürbaren Beschleunigung der Migrati-  
163 onsbewegung führen. Daher fordern wir:

164 • Integrieren statt Separieren! Schluss mit einer Asylpolitik, die sogar das Retten von Menschenleben  
165 als „Anreiz“ zur Flucht sieht! Wenn wir das Sterben auf dem Mittelmeer beenden wollen, müssen wir  
166 Seenotrettung entkriminalisieren und gleichzeitig sichere Fluchtrouten schaffen. Das individuelle Recht  
167 auf Asyl darf nicht eingeschränkt werden.

168 • Wenn wir Menschen aufnehmen, muss die Integration funktionieren. Dafür brauchen wir Investitio-  
169 nen in eine zusammenhaltende Gesellschaft. Praktisch findet Integration vor Ort in den Kommunen  
170 statt. Dort müssen wir Begegnungsräume schaffen, damit die Gesellschaft nicht in sich immer mehr  
171 separierende Kreise aufspaltet. Dafür brauchen wir finanziell gut ausgestattete Kommunen.

172

173 Wir sind entschlossen das Comeback der SPD, einer veränderten Sozialdemokratie, zu organisieren, ohne ab-  
174 schließend bereits alle Antworten liefern zu wollen. Wir sind uns jedoch sicher, dass die Analyse des heutigen  
175 Kapitalismus wieder zur wichtigsten Disziplin unserer Partei werden muss, wenn sie zur alten Stärke zurück-  
176 finden soll.

177 Im Kapitalismus kann die ökologische Grundlage unseres Lebens nicht geschützt werden. Im Kapitalismus  
178 kann nicht allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht werden. Wir rufen dazu auf, endlich wieder den Mut  
179 zu haben über die Verhältnisse hinaus zu denken und unverrückbar mit jedem politischen Atemzug gegen die  
180 Ausbeutung des Menschen und der Natur zu kämpfen.

181 Wir sind der festen Überzeugung, dass wir diesen Kampf nicht glaubwürdig an der Seite der Konservativen, der  
182 Beharrungskräfte und der Bremser\*innen führen können. Die Formelkompromisse des vergangenen Jahres  
183 haben wieder einmal gezeigt: Schritte in die beschriebene Richtung können wir mit der Union nicht gehen. Die  
184 Große Koalition kann daher nicht der Ort sein, der fruchtbarer Boden für ein Comeback der SPD ist. Unser Wir  
185 braucht dieses Comeback, lasst uns mutig sein, Genossinnen und Genossen.

# LA2

## Zum Glück in die Zukunft – den Sozialstaat weiterdenken

1 Dass Hartz IV ein Fehler war, scheint nach fast 20 Jahren eine mehrheitsfähige Position in der SPD zu sein.  
2 Dass sich aber die Logik der Agenda 2010 mit ihren neoliberalen Appellen an die Eigenverantwortung und der  
3 stetigen Ausdünnung struktureller Rahmenbedingungen auch durch alle anderen Bereiche des Sozialstaats  
4 zieht, scheint wenig angreifbar in der Breite der Partei. Für eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen  
5 ein universelles Recht auf Absicherung haben, kann die Abkehr von Hartz IV nur ein Anfang sein. Wir brau-  
6 chen einen grundlegenden Wandel des Sozialstaats. Hierfür gilt es grundsätzlich die Frage zu klären, was die  
7 Aufgabe eines solidarischen Sozialstaats sein muss. Wir werden uns außerdem auf die aktuell drängendsten  
8 sozialstaatlichen Fragen nach Wohnen und Altersvorsorge fokussieren und Forderungen aufstellen, die für  
9 einen feministischen Sozialstaat erfüllt werden müssen.

### 10 **Grundverständnis unseres Sozialstaats**

11 Ein Sozialstaat, wie er nach unserer jungsozialistischen Vorstellung sein sollte, baut auf dem Grundprinzip der  
12 Solidarität auf. Ihm kommt zusammengefasst die Aufgabe zu, für alle Menschen die Grundlage für ein gutes  
13 Leben zu bieten und sie so gut wie möglich vor der Willkür des Kapitalismus und den sich daraus ergebenden  
14 Risiken zu schützen. Das langfristige Ziel eines solchen Sozialstaats muss es sein, allen Menschen das Leben zu  
15 ermöglichen, das sie leben wollen, während kurzfristig mindestens eine menschenwürdige Existenzsicherung  
16 durch ihn garantiert sein muss.

17 Leider gehen die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte in die entgegengesetzte Richtung. „From welfare to  
18 workfare“ war das Motto, unter dem sich der deutsche Sozialstaat auch unter sozialdemokratischer Beteiligung  
19 immer mehr zur Aktivierungsinstanz entwickelt hat, die Verantwortung mehr und mehr von sich weg und  
20 zum Individuum hingeschoben hat. Strukturelle Risiken und Systemfehler werden seitdem zu persönlichem  
21 Versagen degradiert und Auffangnetze immer weiter abgebaut. Die Einführung von Hartz IV steht deshalb  
22 auch symbolisch für ein Sozialstaatsprinzip, in dem ein pädagogisch-erzieherischer Staat an die Stelle einer  
23 Solidargemeinschaft tritt.

24 Auch bei der Absicherung kalkulierbarer Lebensrisiken wie Rente oder Krankheit ist Eigenverantwortung die  
25 Maxime geworden, durch die immer mehr private Zusatzleistungen greifen müssen. Parallel dazu entwickelt  
26 sich auch die Finanzierung dieser Risiken, die durch das Versicherungssystem abgedeckt sein sollten. Die Bei-  
27 träge, die eigentlich zu gleichen Teilen von Arbeitnehmer\*innen und Arbeitgeber\*innen gezahlt werden soll-  
28 ten, nehmen zunehmend ein Ungleichgewicht zu Lasten der Arbeitnehmer\*innen an. Um die Finanzierungs-  
29 grundlage ist es aufgrund des demografischen Wandels, aber auch neoliberale Wirtschaftspolitiken, die dazu  
30 geführt haben, dass immer weniger Steuern von denen gezahlt werden, die mehr ins Solidarsystem einzahlen  
31 müssten, ohnehin schlecht bestellt.

32 Wir wollen einen solidarischen Sozialstaat! Einen Sozialstaat, der vorbeugend und ausgleichend agiert. Einen,  
33 der Bürger\*innen Teilhabe und Handlungsfähigkeit in jeder Lebenssituation gewährt und sich dabei an indi-  
34 viduellen Bedarfen orientiert. Unser Sozialstaat verfolgt ein klares Leitbild, an dem wir all unsere Sozialpoli-  
35 tiken ausrichten: er gewährt universelle Leistung und knüpft diese nicht an Gegenleistung. Ein solidarischer  
36 Sozialstaat basiert auf einem Menschenbild, in dem Bürger\*innen aktiv Handelnde mit einem Interesse an  
37 sinnstiftenden Tätigkeiten und der Solidargemeinschaft sind.

38 Ein solidarischer Sozialstaat baut auf die Vielen. Deshalb muss sowohl das Äquivalenzprinzip hinterfragt wer-  
39 den, das verspricht „wer viel einzahlen kann, bekommt viel zurück“ als auch Entwicklungen gestoppt werden,  
40 die Absicherung zunehmend ins Private verschieben. Weil Umverteilung der Schlüssel zur Solidarität ist, dürfen  
41 sich Großkonzerne durch Steuern und Arbeitgeber durch Beiträge nicht immer weiter aus der Verantwortung  
42 ziehen, ins Sozialbudget einzuzahlen.

### 43 **Wohnen ist ein Grundrecht**

44 Für uns ist das nicht nur eine lose Phrase, sondern der Grundsatz, nach der sich sozialdemokratische Wohn-  
45 und Bodenpolitik richten muss. Es darf kein Luxus sein, zu wohnen. Auch darf es kein Luxus sein, eine Wohnung  
46 zu beziehen, die nicht baufällig ist. Eigentum verpflichtet. Aber wozu? Wir haben da eine klare Meinung: Wer als  
47 Vermieter\*in Wohnungen anbieten möchte, hat die Verpflichtung, dies in renoviertem bzw. saniertem Zustand  
48 zu tun. Es muss qualitativ guter, zugleich bezahlbarer Wohnraum sein.

49 Als Ziel einer sozialdemokratischen Bodenpolitik sollte sich das Gemeininteresse in Abgrenzung zum Einzelinter-  
50 teresse durchsetzen.

51 Gerade in dicht besiedelten Gebieten ist es nahezu unmöglich qualitativen und zugleich bezahlbaren Wohn-  
52 raum zu finden. Währenddessen herrscht in strukturschwachen Gebieten oft Leerstand und der Wohnraum  
53 zerfällt. Jede Kommune sieht sich unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber und muss dafür durch  
54 ihr bodenpolitisches Handeln und die Aufstellung und Änderung von Flächennutzungs- und Bebauungsplä-  
55 nen Antworten finden. Dabei ist unsere zentrale Prämisse, dass die Innenentwicklung der Außenentwicklung  
56 vorgezogen werden muss. Sofern Außenentwicklung erfolgt, ist es für uns zwingend erforderlich, Flächen der  
57 Natur zurückzugeben. Vorhandene Möglichkeiten müssen ausgeschöpft und verbessert werden. Wir wollen  
58 eine Innenentwicklung, die allen Menschen, die das möchten ein Leben & Wohnen in attraktiven, zentrums-  
59 nahen Stadtteilen ermöglicht. Dazu gehören für uns sowohl die Nachverdichtung auf aktuell unbebauten aber  
60 bebaubaren Grundstücken ebenso, wie zum Beispiel die Geschossaufstockung.

61 Um Innenentwicklungspotentiale richtig nutzen zu können, müssen Kommunen einen Nachweis über existie-  
62 rende Potentiale erbringen. Gemeinden müssen dann zur Förderung der Innenentwicklung unterschiedliche  
63 Instrumente nutzen können. Unter Anderem gehört für uns dazu eine Stärkung des kommunalen Vorkaufs-  
64 rechtes.

65 Kommunen brauchen daher zum Einen ausreichende finanzielle Möglichkeiten, d.h. einerseits eine Umschul-  
66 dung der Altlasten in Form eines Altschuldenfonds, andererseits einen Moneypool, woran sich Kommunen  
67 bedienen können, wenn sie konkret Flächen zur Entwicklung erwerben möchten.

68 Zudem benötigen wir auf kommunaler Ebene endlich funktionsfähige Instrumente für eine aktive Bodenpolitik  
69 im Innenbereich. Daher fordern wir ein Vorkaufsrecht, das sich in seinen Grundprinzipien vom heutigen im  
70 Baugesetzbuch beschriebenen Vorkaufsrecht deutlich unterscheidet: Wir fordern, dass Kommunen nicht mehr  
71 den Einzelnachweis antreten müssen, dass es für die Ausübung des Vorkaufsrechts ein öffentliches Interesse  
72 gibt. Diese Nachweisverpflichtung ist für uns ein Ausdruck einer kapitalistischen Verwertungslogik gegen die  
73 derzeit noch explizit argumentiert werden muss und der Nachweis ist anhand der prekären Verhältnisse am  
74 Wohnungsmarkt ohnehin bereits flächendeckend erbracht. Dementsprechend soll dieses Vorkaufsrecht für  
75 die jeweilige Kommune in ihrem entsprechenden Gemeinde- bzw. Stadtgebiet grundsätzlich gelten. Da die  
76 Bodenspekulation in erster Linie eine Wette des „Kapitals“ auf die Qualitäten der Lage darstellt und diese  
77 Lagequalitäten durch die Allgemeinheit gestiftet wird, fordern wir in diesem neuen Vorkaufsrecht zudem die  
78 Möglichkeit für Kommunen, zum Verkauf stehende Grundstücke zu einem auf Basis des Bodenrichtwertes  
79 ermittelten Kaufpreises erwerben zu können – denn wer die Lage stiftet, darf sie dem Markt nicht auch noch  
80 teuer bezahlen müssen!

81 Für diese Rahmenbedingungen, die den Kommunen einen größeren Handlungsspielraum ermöglichen, müs-  
82 sen jedoch Landes- und Bundespolitik sorgen, damit Kommunen selber durch gezielten Ankauf von Bauland  
83 und Land mit Entwicklungspotential als Bauherrin tätig werden können oder alternativ Boden im Rahmen des  
84 Erbbaurechts vergeben. Das Erbbaurecht stellt neben der aktiven Wohnbaupolitik durch die Kommune selbst  
85 für uns die entscheidende Säule der Bodenvorratspolitik dar. Ein Verkauf kommunaler Grundstücke kann so  
86 vollständig vermieden werden.

87 Das System der heute geltenden Grundsteuer wurde 2018 durch das Bundesverfassungsgericht für verfas-  
88 sungswidrig erklärt. Bis zum 31. Dezember 2019 muss demnach die Neugestaltung der Grundsteuer beschlos-  
89 sen sein. Der jetzige Kompromiss sieht vor, die Grundsteuer anhand des Bodenwertes und der Miethöhe zu  
90 ermitteln, erlaubt jedoch den einzelnen Bundesländern durch eine Öffnungsklausel die Grundstücksfläche als  
91 einzigen Parameter zur Berechnung der Grundsteuer zu verwenden. Diese Sonderregelung lehnen wir strikt  
92 ab, denn hier entstünde schon auf der Ebene der Ländern ein Unterbietungswettbewerb nach dem Motto  
93 „Wer hat die niedrigste Grundsteuer?“.

94 Wir sind weiterhin für ein Modell, welches sich am Bodenwert orientiert.



95 Zusätzlich muss es dringend eine Ergänzung der Grunderwerbssteuer durch eine Bodenwertzuwachssteuer  
96 geben, die Spekulationen hemmt, indem sie nach dem Verkauf die Wertsteigerung besteuert, also genau den  
97 Betrag, welchen die Investor\*innen maximieren wollen.

98 Grund und Boden muss dann im Rahmen des Erbbaurechts vergeben werden.

99 Exponentiell steigende Mieten, maroder Wohnraum und Gentrifizierung, dies sind nur einige Folgen des Pri-  
100 vatisierungswahns der letzten Jahrzehnte. Kommunen müssen wieder der größte Akteur auf dem Wohnungs-  
101 markt werden, damit sie Mietstandards durchsetzen können. Neben der Erweiterung kommunaler Wohnungs-  
102 bestände durch Wohnungsaufkauf sowie den Ankauf und die Entwicklung von Bauflächen bejahen wir die  
103 im Grundgesetz vorgesehene Möglichkeit von Enteignungen. Profitorientierte Immobiliengesellschaften, die  
104 mehr als 3000 Wohnung besitzen, sollen enteignet werden und ihre Bestände rekommunalisiert und/oder  
105 genossenschaftlich organisiert werden. Entschädigungen sollen deutlich unter Verkehrswert gezahlt wer-  
106 den.

107

108 Ca 10.000 Wohnungen verlieren jährlich ihren Status als geförderte Wohnung. Aktuell laufen viele Subventio-  
109 nen von sogenannten "Sozialwohnungen" aus, die Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes 1989  
110 hinterlässt spürbare Folgen. Daher fordern wir eine Entfristung der Preisbindung, um Menschen die Möglich-  
111 keit zu geben, ihre Wohnungen zu halten. Auch durch energieeffiziente Modernisierungen sollen Wohnun-  
112 gen wieder unter die Preisbindung fallen, damit hiervon Mieter\*in profitieren. Hierfür muss der Staat Anreize  
113 schaffen. Hiermit einhergehend fordern wir Mindeststandards in der Qualität des geförderten Wohnraums.  
114 Viele der ehemaligen und aktuellen subsidiären Wohnungen wurden jahrelang dem Verfall überlassen, ob  
115 Leerstand oder bewohnt. Um dem leerstehenden Wohnungen die Attraktivität als Spekulationsobjekt abzu-  
116 schreiben, muss diesem mit entschiedenen Sanktionen Einhalt geboten werden. Leerstand darf sich nicht  
117 mehr lohnen. Auch beim Verfall gilt "Eigentum verpflichtet", daher sehen wir Eigentümer\*innen in der Pflicht,  
118 jene Wohnungen zu sanieren. Sachbearbeiter\*innen in den Kommunalverwaltungen sollen regelmäßig den  
119 Wohnungsbestand nach Qualität & Preis prüfen.

120 Neu entstehende Quartiere sollen den Querschnitt der Gesellschaft abbilden, so soll bei der Quartiersentwick-  
121 lung darauf geachtet werden, dass dort eine kulturelle, demographische, sowie finanzielle Durchmischung  
122 entsteht. Die Zeit der "Reichen- & Armenviertel", der Ghettoisierung ist vorbei! Doch die Durchmischung allein  
123 macht noch kein attraktives Quartier aus, auch Orte des alltäglichen Miteinanders sind unabdingbar.

124 Auch der Punkt Dezentralität muss bei der Quartiersentwicklung vermehrt in den Fokus genommen werden,  
125 d.h. jedem Kiez, seine Nahversorgung, seine KiTa/KiGa, seine Projekte, wie Nachbarschaftstreffs oder Repair-  
126 cafés. Gerade letztere Projekte sind wichtig, um der wachsenden Vereinsamung im Alter entgegenzuwirken  
127 und für eine gute Atmosphäre innerhalb der Nachbarschaft zu sorgen.

128 Unsere Gesellschaft ist vielfältig, auch unsere Quartiere sollen dies widerspiegeln.

129 Die Förderung von Wohnbaugenoss\*innenschaften, auch im Sinne von Quartiersgenoss\*innenschaften, und  
130 der Wohnungsgemeinnützigkeit ist ein wichtiger Ansatz. Das Genoss\*innenschaftliche Wohnen ist eine der ver-  
131 breitetsten Wohnformen Deutschlands – neben dem Wohnen zur Miete und im Eigentum. Kautio und Pro-  
132 vision gibt es bei Genoss\*innenschaften nicht, denn als Mitglied kauft man Genoss\*innenschaftsanteile, die  
133 verzinst und bei Austritt wieder zurückgezahlt werden. Man wohnt bezahlbar und sicher, denn man ist Mit-  
134 eigentümer\*in und genießt lebenslanges Wohnrecht. Genoss\*innenschaften arbeiten nicht gewinnorientiert  
135 und sind weder Aktionär\*innen noch Anteilseigner\*innen verpflichtet, sondern einzig und allein ihren Mitglie-  
136 dern. Erwirtschaftete Überschüsse werden in die Erhaltung und Modernisierung der Bestände, in den Neubau  
137 und in den Ausbau der Service-Angebote investiert. Über den Kurs der Genoss\*innenschaft kann jedes Mit-  
138 glied gleichberechtigt mitbestimmen: Die demokratische Organisation von Genoss\*innenschaften gewährleis-  
139 tet, dass stets im Sinne der Mitglieder entschieden und gehandelt wird.

140 Um dafür zu sorgen, dass Mietpreise zukünftig nicht weiter in solch starkem Maße ansteigen, sehen wir zwei  
141 Instrumente:

142 In Städten mit Wohnungsnotstand und stark steigenden Mieten soll zur kurzfristigen Bewältigung der Proble-  
143 matik ein Mietendeckel eingeführt werden, also das Einfrieren der aktuellen Miethöhe für die Dauer von fünf  
144 Jahren. Dabei muss die Entwicklung in den umliegenden Städten beobachtet werden; zeigen sich hier Verdrän-

145 gungseffekte und kommt es zu übermäßigen Mieterhöhungen, muss auch in diesen Städten reagiert werden.  
146 Zur langfristigen Lösung muss die Mietpreisbremse effektiv ausgestaltet und durchgesetzt werden. Die jährlich  
147 maximal erlaubte Erhöhung von Bestandsmieten muss auf einen allgemein gültigen, sozialverträglichen Wert  
148 begrenzt werden, welcher die Inflation, die verfügbaren Haushaltseinkommen und die Reallohnentwicklung  
149 berücksichtigt. Außerdem fordern wir die Berechnung des Mietspiegels auf Grundlage aller vor Ort monatlich  
150 gezahlten Mieten.

151 Zudem muss dem Problem der Kettenbefristungen Einhalt geboten werden. Keine sachgrundlosen, das gilt  
152 für uns auch auf dem Wohnungsmarkt.

153 Des Weiteren fordern wir, dass mehr Wohnraum für junge Menschen geschaffen wird. Auch Auszubilden-  
154 de müssen sich eigenen Wohnraum leisten können, denn die Wunschausbildung startet nicht immer vor der  
155 Haustür der Eltern, ähnlich wie ein Studium. Studium und Ausbildung müssen gleichwertig sein, das gilt auch  
156 beim Wohnraum. Daher fordern wir bundesweit Azubiwohnheime. Hier sehen wir auch die Industrie- & Han-  
157 delskammern in der Pflicht für bezahlbare Wohnungen zu sorgen. Dies gilt auch für Studierendenwerke, eine  
158 Ausweitung des Angebots der Studierendenwohnheime zu ermöglichen.

159 Der Mietpreis muss hierbei zwingend an die Mindestausbildungsvergütung angeglichen sein. Durch bundes-  
160 weit attraktiven ÖPNV sollte insbesondere den jungen Menschen die Möglichkeit gegeben sein, auch außer-  
161 halb der Ballungsgebiete zu wohnen, ohne dass die Fahrt zur Schule, Ausbildungsstätte oder Uni eine Proble-  
162 matik darstellen.

163 Für Menschen die auf der Straße leben, also obdach- oder wohnungslos sind, fordern wir Modellprojekte nach  
164 Vorbild von "Housing First". Eine vorbehaltlose Bereitstellung von Mietverträgen an obdachlose Menschen dür-  
165 fen nicht an Bedingungen, wie etwa die Annahme von Beratungsleistungen, geknüpft werden. Sondern die  
166 Betroffenen müssen intensiv durch Sozialarbeiter\*innen unterstützt und ihnen der Zugang zu adäquater me-  
167 dizinischer und psychotherapeutischer Behandlung erleichtert werden, um die Grundbedürfnis eines Daches  
168 über dem Kopf und Sicherheit zu befriedigen.

### 169 **Unsere Rente ist generationengerecht und zukunftsfähig**

170 Das Thema Rente ist für uns essentieller Bestandteil eines guten, sozialdemokratischen Sozialstaats, der die  
171 Lebensleistung und die getane Arbeit anerkennt. Immer wieder wird dabei deutlich, dass dieses Thema aber  
172 nicht nur für Menschen von Bedeutung ist, die bereits in Rente sind. Auch junge Menschen bewegt die Al-  
173 terssicherung und sie befürchten, zwar viel arbeiten zu müssen, aber am Ende im Alter für sich selbst sorgen  
174 werden. Das aktuelle Konzept der Rente steht vor massiven Herausforderungen und ist nicht durch kleine-  
175 re Reparaturmaßnahmen zu heilen. Die Sozialdemokratie muss daher klare Antworten auf die Zukunft geben,  
176 die nicht nur bis 2025 blicken. Für uns stehen dabei zwei Dinge unabdingbar fest: Erstens, die Diskussion über  
177 Rente spielt jung und alt nicht aus. Wir wollen für jede Generation eine sichere Rente, die allen ein Leben ohne  
178 Existenzängste im Alter ermöglicht. Und zweitens, ohne gute Arbeit gibt es keine gute Rente. Der Staat darf  
179 nicht die alleinige Verantwortung zugeschrieben bekommen für stabile Rente. Arbeitgeber\*innen tragen ge-  
180 nau so Verantwortung, indem sie gute Löhne bezahlen und langfristige Beschäftigung ermöglichen. Der Kampf  
181 für gute Arbeitsbedingungen geht für uns daher Hand in Hand mit einer Rentenreform.

### 182 **Die gesetzliche Rentenversicherung als Hauptsäule des Rentensystems**

183 Ausgangspunkt unserer Reform muss eine Kritik der vergangenen Rentenpolitik sein: Die auf die Dämpfung  
184 der Beitragssatzentwicklung fixierten Rentenreformen der Nuller-Jahre haben zu einer deutlichen Senkung des  
185 Rentenniveaus geführt. Die Idee, die Lücken der gesetzlichen Rentenversicherung durch die private und die be-  
186 triebliche Vorsorge zu schließen, ist erkennbar gescheitert. Für uns steht daher fest, dass eine Abkehr von der  
187 Ideologie des vermeintlichen „Drei-Säulen-Modells“ in der Rente unumgänglich ist. Wir stehen zur gesetzlichen  
188 Rentenversicherung (GRV) als Hauptsäule des Rentensystems, die wieder ihren Aufgaben der Lebensstandard-  
189 sicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit gerecht werden muss. Die private und betriebliche Vorsorge  
190 können nur Ergänzungen, niemals aber Ersatz des Leistungsabbaus in der GRV sein.

191 Um den formulierten Aufgaben gerecht werden zu können, muss das Rentenniveau in der gesetzlichen Ren-  
192 tenversicherung wieder bei mindestens 50 % stabilisiert werden. Zu diesem Zweck fordern wir in einem ersten  
193 Schritt, dass die Rentenentwicklung wieder konsequent an die Lohnentwicklung gekoppelt wird. Die sogenann-  
194 ten Dämpfungsfaktoren (Riester-Faktor und Nachhaltigkeits-Faktor) sind aus der Rentenanpassungsformel zu

195 streichen. Damit das Rentenniveau aber tatsächlich auch wieder erhöht wird, schlagen wir folgende Maßnah-  
196 men vor:

- 197 • Das Solidarprinzip im Vergleich zum Äquivalenzprinzip stärken: Wir bekräftigen unsere Forderung nach  
198 einer Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze bei gleichzeitiger Einführung einer Maximalrente,  
199 weil es nicht sein kann, dass hohe und höchste Einkommen nur bis zu einer festgesetzten Grenze (2019:  
200 6.700 €/Monat West; 6.150 €/Monat Ost) zur Finanzierung der Solidargemeinschaft beitragen und ab  
201 da real entlastet werden. Um es deutlich zu sagen: Wir werten das Solidarprinzip an dieser Stelle höher  
202 als das Äquivalenzprinzip und wollen so das Maß an Umverteilung, das innerhalb des Rentensystems  
203 möglich ist, auch ausschöpfen. In der konkreten Ausgestaltung könnte eine Maximalrente durch eine  
204 Begrenzung der jährlich maximal zu erwerbenden Entgeltpunkte realisiert werden. So erweitern wir  
205 maßgeblich die Finanzierungsgrundlage der GRV und setzen dabei wieder das sozialdemokratische  
206 Prinzip, nach dem starke Schultern mehr tragen müssen, ins Recht.
- 207 • Hinzuziehung weiterer Einkommensarten für den Bundeszuschuss: Doch nicht nur beim Einkommen  
208 durch Löhne entziehen sich reiche Menschen der Finanzierung des Sozialstaates. Wir erneuern daher  
209 unsere Forderung nach der Einführung einer Vermögenssteuer sowie einer Reform der Erbschafts- und  
210 Schenkungssteuer. Wer von Leistungsgerechtigkeit spricht, darf nicht davor zurückschrecken, Reichtum  
211 ohne Leistung konsequent zu besteuern. Die sich daraus ergebenden Mehreinnahmen wollen wir un-  
212 ter anderem dafür nutzen, den Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung, der längst nicht  
213 mehr nur versicherungsfremde Leistungen finanziert, aufzustocken, um das Rentenniveau bei mindes-  
214 tens 50 % zu stabilisieren, wo die alleinige Umlagefinanzierung dies nicht leisten kann. Gleiches gilt in  
215 Bezug auf eine ebenfalls einzuführende Digitalsteuer. Unternehmen, die mit wenigen Mitarbeiter\*in-  
216 nen enorme Profite erwirtschaften und sich deshalb nur unverhältnismäßig an der Finanzierung der  
217 Sozialkassen beteiligen, müssen dazu über den Umweg einer Digitalsteuer gebracht werden.
- 218 • Mit einer Erwerbstätigenversicherung die Beitragsbasis erweitern: Zu einer grundsätzlichen Reform der  
219 Alterssicherung hin zu einem solidarischeren System gehört für uns außerdem die Weiterentwicklung  
220 der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung, also die Einbeziehung aller  
221 Erwerbstätigen (Freiberufler\*innen, Selbstständige, Abgeordnete, Beamt\*innen etc.) in die GRV. Dies  
222 dient nicht nur der Erweiterung der Basis der Beitragszahler\*innen, sondern ist aus unserer Sicht auch  
223 ein wichtiger Schritt, um dem wachsenden Schutzbedürfnis z.B. von Selbstständigen Rechnung zu tra-  
224 gen und sie vor Altersarmut zu schützen.
- 225 • Den demographischen Wandel gestalten: Die bisher beschriebenen Maßnahmen haben für uns Vor-  
226 rang, um das Rentenniveau auf mindestens 50% zu stabilisieren. Zugleich ist uns bewusst, dass gerade  
227 unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit eine Erhöhung der Beiträge in die GRV nicht aus-  
228 bleiben kann. Voraussetzung dafür ist aber aus unserer Sicht, dass die Produktivitätssteigerung der  
229 nächsten Jahre mit einer deutlichen Steigerung der Löhne einhergeht. Gelingt uns dies, sind auch mo-  
230 derat steigende Beiträge zu verkraften und für diesen Fall schließen wir uns der Forderung des DGB  
231 an, eine sogenannte Demografie-Reserve in der Rentenkasse aufzubauen. Voraussetzung dafür ist ein  
232 dauerhaft bei mindestens 50 % stabilisiertes Rentenniveau, denn Menschen sind dann bereit, höhere  
233 Beiträge zu zahlen, wenn sie darauf vertrauen können, am Ende auch selbst eine entsprechend lebens-  
234 standardsichernde Rente zu erhalten.
- 235 • Versicherungsfremde Leistungen gesamtgesellschaftlich finanzieren: Zu guter Letzt halten wir erneut  
236 fest, dass es für eine ordentliche Finanzierung des von uns geforderten Rentenniveaus unerlässlich ist,  
237 dass versicherungsfremde Leistungen, wie die Mütterrente oder die vorgeschlagene Grundrente, aus  
238 Steuermitteln und nicht aus der Rentenkasse finanziert werden.

### 239 **Lebensleistung anerkennen – Altersarmut konsequent bekämpfen**

240 Auch ein wieder zu erreichendes Rentenniveau von mindestens 50 % ist keine Garantie dafür, dass Arbeit-  
241 nehmer\*innen trotz jahrelanger Vollzeitarbeit eine armutsfeste geschweige denn lebensstandardsichernde  
242 Rente erwerben. Dies ist nicht nur eine inakzeptable Ungerechtigkeit, es erschüttert auch das Vertrauen in  
243 die wichtige sozialstaatliche Errungenschaft eines umlagefinanzierten Rentensystems. Wir sind nicht bereit,  
244 dies hinzunehmen und gehen deshalb an die Wurzel des Problems. Denn ursächlich für diese Tatsache sind  
245 Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und gebrochene Erwerbsbiografien.

246 Wir unterstützen daher den eingebrachten Vorschlag der Grundrente und pochen auf die Verabschiedung des  
247 entsprechenden Gesetzesentwurfs ohne Bedürftigkeitsprüfung noch in diesem Jahr.

248 So richtig wir es jedoch finden, dass der Staat und damit die Solidargemeinschaft nachträglich dafür sorgt, dass  
249 Menschen, die lange Jahre gearbeitet haben, eine Rente über der Grundsicherung erhalten, so sehr pochen wir  
250 gleichzeitig darauf, dass diejenigen zur Verantwortung gezogen werden, die solche nachträglichen Korrekturen  
251 durch Niedriglöhne überhaupt erst notwendig machen. Daher fordern wir eine Mindestbemessungsgrundlage  
252 für Rentenbeiträge. Arbeitgeber\*innen sollen dazu verpflichtet werden, bei Niedriglöhnen die Beiträge zur  
253 Rentenversicherung in dem Umfang aufzustoßen, dass bei langjähriger Vollzeitbeschäftigung ein Anspruch  
254 auf eine armutsfeste Rente erworben wird. Damit setzen wir zum einen Anreize, vernünftige Löhne zu zahlen,  
255 da in diesem Fall die Beiträge wieder paritätisch geleistet würden und zum anderen ist dies eine zwingend  
256 notwendige Maßnahme, solange der Mindestlohn nicht soweit erhöht wird, dass dieser selbst eine armutsfeste  
257 Rente garantiert.

258 Weitere kleinere Reformen innerhalb des aktuellen Rentensystems sind für uns notwendig, um Altersarmut  
259 für bestimmte Personengruppen zu bekämpfen. Wir fordern:

260 • Abschaffung der Rentenabschläge für erwerbsgeminderte Menschen. Es ist für uns nicht begründbar,  
261 warum Menschen, die aufgrund einer schweren Erkrankung frühzeitig aus dem Erwerbsleben ausschei-  
262 den müssen und zumeist ohnehin nur niedrige Renten erhalten, noch zusätzlich mit Rentenabschläge  
263 belastet werden.

264 • Abschaffung der Möglichkeit zur Befreiung von der Rentenversicherungspflicht bei geringfügiger Be-  
265 schäftigung, sowie volle Übernahme der Zahlung des Rentenversicherungsbeitrags durch die\*den Ar-  
266 beitnehmer\*in.

267 • Sicherungslücke beim Bezug von ALG II schließen. Seit 2011 werden beim Bezug von Arbeitslosengeld  
268 II keine Rentenversicherungsbeiträge mehr von der Agentur für Arbeit gezahlt, was zu einer deutlichen  
269 Sicherungslücke bei den Betroffenen führt. Wir schlagen daher vor, diese Zeiten der längeren Arbeits-  
270 losigkeit als beitragsgeminderte Zeiten mit bis zu 0,5 Entgeltpunkten pro Jahr anzuerkennen.

271 • Vereinheitlichung der Anerkennung von Kindererziehungszeiten. Die willkürliche Unterscheidung bei  
272 der Dauer der rentenrechtlichen Anerkennung von Kindererziehungszeiten wollen wir aufheben. Egal,  
273 ob die Geburt vor 1992 oder danach erfolgte, es muss für alle die Regelung gelten: pro Kind werden 36  
274 Monate Kindererziehungszeit bzw. 3 Entgeltpunkte anerkannt. Diese Maßnahme beseitigt bestehende  
275 Ungerechtigkeit. Grundsätzlich sprechen wir uns jedoch für eine geschlechtergerechte Verteilung der  
276 Erziehungsaufgaben aus.

## 277 **Reform der privaten und betrieblichen Altersvorsorge**

278 Die Maßnahmen im Zuge der Agenda-Politik haben eine Stärkung der privaten Rentenversicherung mit staat-  
279 licher Förderung nach sich gezogen. Durch diese Politik wurde die GRV geschwächt und die private Säule mit  
280 einer unnötigen Stärke versehen. Dass die Konzepte der Riester- und Rürup-Rente gescheitert sind, wenig Si-  
281 cherheit bieten und vor allem viele Menschen an Verträge bindet, die sie nicht richtig verstanden haben, haben  
282 die letzten Jahre gezeigt. Eine private Rentenvorsorge kann für manche Personen machbar und zum Vorteil  
283 sein, jedoch steht für uns fest, dass diese keine Säule bildet, sondern nur eine Ergänzung ist. Die staatliche  
284 Förderung sollte stattdessen für die gesetzliche Rentenversicherung genutzt werden und somit allen zu Gute  
285 kommen. Für uns sind daher zwei Maßnahmen bedeutend:

286 • Die staatliche Förderung für private Rentenvorsorge wird abgeschafft. Riester- und Rürup werden in  
287 ihrer jetzigen Form nicht für neue Verträge fortgesetzt. Bestehende Verträge mit staatlicher Förderung  
288 werden fortgeführt. Private Altersvorsorge kann weiterhin als Produkt von privaten Versicherungen  
289 weitergeführt werden, jedoch unter einer wichtigen Bedingung:

290 • eine verbindliche Beratung für Produkte der privaten Altersvorsorge wird verpflichtend. Die Anbieter  
291 müssen über Risiken der Produkte kostenlos aufklären. Die Einhaltung und korrekte Durchführung der  
292 Beratungen sollen kontrolliert werden.

293 Die betriebliche Altersvorsorge ist eine nützliche Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung. Für ihren Er-  
294 halt und ihre Stärkung sprechen wir uns klar aus. Jedoch sehen wir die Notwendigkeit einer Vereinfachung und  
295 Angleichung der verschiedenen Systeme, um eine bessere Vorsorge und Transparenz zu ermöglichen.

**296 Feministische Sozialpolitik im Leitbild verankern und ganzheitlich umsetzen**

297 Das Funktionieren eines Sozialstaats und die dazugehörigen Absicherungsmechanismen allein in Bezug auf Er-  
298 werbsarbeit zu betrachten, greift aus feministischer Sicht zu kurz. Sozialpolitiken ausschließlich an einer sich  
299 in einem klassischen Normalarbeitsverhältnis befindlichen Person zu orientieren, lässt viele Lebensrealitäten  
300 außen vor. Vor allem die sozialstaatliche Absicherung von Frauen, die sich häufig in prekären Beschäftigungs-  
301 verhältnissen befinden und zu einem großen Teil für Reproduktionsarbeiten zuständig sind, tritt durch eine  
302 solche Perspektive in den Hintergrund. Entsprechend decken auch heute viele Sozialpolitiken diese Lebens-  
303 realitäten nicht ab, sodass Frauen ein höheres Armutsrisiko betrifft, vor allem im Alter.

304 Entwicklungen der letzten Jahrzehnte haben dazu geführt, dass Normalarbeitsverhältnisse sich immer weiter  
305 auflösen und Familienmodelle mit einem männlichen Alleinernährer entsprechend nicht mehr funktionieren  
306 und ebenso wenig gewollt sind. Zwar ist es auch zur politischen Norm geworden, dass beide Partner\*innen  
307 zum Haushaltseinkommen beitragen, nur passen sich sozialstaatliche Politiken in diese Richtung viel zu schlep-  
308 pend an. Immer noch wird die Absicherung von Frauen größtenteils an ihren Ehemann geknüpft und durch  
309 steuerliche Begünstigungen gefördert, dass diese sich eher in prekären Beschäftigungsverhältnissen befin-  
310 den.

311 Für Carearbeiten, die aus einer kapitalistischen Perspektive zum Erhalt der Arbeitskraft beitragen und im Sin-  
312 ne einer patriarchalen Arbeitsteilung vor allem von Frauen erledigt worden sind, wurden keine ganzheitlichen  
313 Lösungen gefunden. Weder hat sich die Arbeitsteilung in Paarbeziehungen grundlegend modernisiert, noch  
314 wurden im umfassenden Maße kompensatorischen Leistungen für eben diese Carearbeit zur Verfügung ge-  
315 stellt wie die Schaffung professioneller Dienstleistungen und Infrastruktur. Nach wie vor kommt der Großteil  
316 der unbezahlt geleisteten Carearbeit Frauen zu.

317 Das Funktionieren eines feministischen Sozialstaats muss sich also auch daran messen lassen, inwiefern er  
318 in der Lage ist, Geschlechterverhältnisse zu regulieren bzw. Geschlechtergerechtigkeit herzustellen. Dafür  
319 braucht es eine einheitlich Sozialstaatspolitik, die eine gerechte Organisation von Erwerbs- und Carearbeit för-  
320 dert und als klares Leitbild verfolgt. Mit kurzfristigen Reparaturmaßnahmen wie der Mütterrente muss endlich  
321 Schluss sein. Das Kümmern um Menschen darf kein Risiko für die Position auf dem Arbeitsmarkt, die Existenz  
322 oder die Rente mehr sein. Vielmehr muss es in jeder Phase des Lebens möglich gemacht werden, neben Er-  
323 werbsarbeit auch ausreichend Zeit für die Pflege von Angehörigen und das Kümmern um Kindern zu haben,  
324 ohne dabei zu irgendeinem Zeitpunkt in existenzielle Nöte zu kommen.

325 Zur Erreichung dieses Leitbilds fordern wir folgende Maßnahmen:

- 326 • Neu-Definition des Normalarbeitsverhältnisses – die 30-Stunden-Woche für alle inklusive flexibler Ar-  
327 beitszeitmodelle
- 328 • ein echtes Entgeltgleichheitsgesetz
- 329 • eine flächendeckend ausgebaute und bezahlbare Pflege- und Betreuungsinfrastruktur
- 330 • eine Elterngeldregelung, die für eine paritätische Verteilung der Elternzeit sorgt
- 331 • ein geschlechtergerechtes Steuersystem, u.a. die Abschaffung des Ehegattensplittings
- 332 • die institutionelle aber auch versicherungstechnische Förderung eines Familienmodells, dass  
333 Betreuungs- und Erwerbsarbeit so integriert, dass Carearbeit nicht mehr zum Lebensrisiko wird

**334 Fazit**

335 Für uns NRW Jusos ist klar, dass der Sozialstaat zukunftsfähig sein muss und moderne Antworten bieten soll  
336 auf die Probleme und Nöte der Menschen. Der Sozialstaat braucht einen grundlegenden Wandel, in dem das  
337 Recht der Bürger\*innen auf eine existenzsichernde Absicherung, ob im Alter, bei Arbeitslosigkeit, während sie  
338 sich um andere Menschen kümmern oder einfach nur Wohnraum benötigen. Die Abkehr von Privatisierungs-  
339 trends und der radikale Ausbau von Vor- und Fürsorgeleistungen durch den Sozialstaat ist dafür unumgänglich.  
340 Solidarität ist für uns der Grundstein allen Handelns und dieser muss nun auch endlich beim Sozialstaat Ein-  
341 zug finden! Mit unseren Ideen zu Wohnen und Rente sowie unsere neuen Perspektiven im Hinblick auf einen  
342 feministischen Sozialstaat wollen wir daher zu dieser solidarischen Vision beitragen.

# LA3

## Selbstbestimmung statt Gängelung – wir stehen für ein emanzipatorisches Bildungsideal in der Hochschullandschaft in NRW!

1 „Hochschulfreiheitsgesetz“ – so nennt Schwarz-Gelb seinen hochschulpolitischen Roll-Back. Mit der Novel-  
2 le des Hochschulgesetzes in NRW erhält der „Muff unter den Talaren“ wieder Einzug in die Hochschulen  
3 in NRW. Eine demokratische und gleichberechtigte Mitbestimmung von Studierenden in den Gremien der  
4 akademischen Selbstverwaltung ist künftig nicht mehr vorgesehen, die Selbstbestimmung über den Verlauf  
5 des Studiums wird stark eingeschränkt und für den Zugang zum Studium werden unnötige Hürden aufge-  
6 baut. Zeit festzuhalten, welche Grundlagen es aus studentischer Perspektive für eine Hochschule der Zukunft  
7 braucht.

### 8 **Anwesenheitspflichten? Studier' doch wie du willst!**

9 Anwesenheitspflichten stehen in einem grundlegenden Widerspruch mit unseren Vorstellungen von einem  
10 freien und selbstbestimmten Studium. Und auch wenn wir praktisch denken sind sie unvereinbar mit den  
11 heutigen Lebensrealitäten von Studierenden. Durch Anwesenheitspflichten werden Studierende, die Angehö-  
12 rige pflegen, Kinder haben, anderweitig in Care-Arbeit eingebunden sind oder zur Finanzierung ihres Studiums  
13 berufstätig sein müssen, massiv in ihrer Lebensgestaltung eingeschränkt. Auch unsere ehrenamtlichen Aktivi-  
14 täten lässt ein Studium mit Anwesenheitspflichten kaum zu. Aber insbesondere Studierende mit chronischen  
15 Erkrankungen und/oder Beeinträchtigungen werden durch Anwesenheitspflichten Hürden in den Weg gelegt,  
16 was angesichts unserer Forderung nach einem inklusiven und gerechten Studium nicht hinnehmbar ist.

17 Das Argument, Anwesenheitspflichten seien Voraussetzung, dass an den Hochschulen wieder qualitative Leh-  
18 re gewährleistet werden kann, dürfen wir nicht gelten lassen. Denn die Tatsache, dass durch eine mangelnde  
19 Ausfinanzierung des Hochschulsektors die didaktische Qualität vieler Lehrveranstaltungen zu wünschen übrig  
20 lässt, verändert sich nicht, wenn man Studierende an den Hörsaal kettet. Dafür müssen die Möglichkeiten der  
21 Digitalisierung umfänglich ausgeschöpft werden, um physische Anwesenheit in Lehrveranstaltungen wo mög-  
22 lich der Vergangenheit angehören zu lassen. Weiterhin brauchen wir eine Investitionsoffensive in der Lehre,  
23 um echte Anreize zur Teilnahme an Seminaren und Vorlesungen zu schaffen und durch eine Verbesserung  
24 der Betreuungsrelationen das Verhältnis zwischen Lehrenden und Studierenden wieder ins Gleichgewicht zu  
25 bringen. Dazu gehört auch, die Arbeitsbedingungen des akademischen Mittelbaus realistisch zu betrachten  
26 und den prekären Arbeitsverhältnissen von Nachwuchswissenschaftler\*innen an den Lehrstühlen ein Ende  
27 zu bereiten.

### 28 **Freie Entfaltung statt Erfolgsdruck durch Regelstudienzeiten!**

29 Der Bologna-Prozess hat das Studium stark verschult und zwingt Studierende in ein enges Korsett. Deshalb gilt  
30 es nicht nur verbindlichen Studienverlaufsvereinbarungen, mit denen Hochschulen über das Studium wachen  
31 sollen, eine Absage zu erteilen, sondern auch die Regelstudienzeit nicht weiter als Gradmesser für Studienfä-  
32 higkeit und -erfolg zu betrachten. Wenn das BAFöG gestrichen wird, weil der Fortschritt des Studiums nicht  
33 dem festgelegten Studienverlaufsplan entspricht, wird auf Studierende nicht nur sozialer, sondern auch finan-  
34 zieller Druck aufgebaut. Wir wollen ein Studium, in dem jede\*r Einzelne sich frei entfalten kann und das Raum  
35 für Engagement in und außerhalb des Hochschulalltags lässt. Dieser Faktor lässt sich nicht in Credit-Points  
36 messen. Das Studium muss sich an die Lebensrealitäten der Studierenden anpassen, nicht umgekehrt!

### 37 **Echte Mitbestimmung für eine demokratische Hochschule!**

38 Die demokratische Hochschule ist für uns nicht irgendein Buzzword. Unserem Bildungsideal ist die Mitbestim-  
39 mung von Studierenden in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung immanent. Wir werden nicht  
40 hinnehmen, dass Studierende als Statusgruppe zweiter Klasse angesehen werden. Ob in Senat oder Kommis-

41 sionen: die Stimmen von Studierenden müssen dasselbe Gewicht haben, wie die der Professor\*innen, wissen-  
42 schaftlichen Mitarbeiter\*innen oder den in der Verwaltung tätigen Menschen. Dafür müssen diese Gremien  
43 ausnahmslos paritätisch besetzt werden. Auch in den Entscheidungen des Rektorats brauchen Studierende  
44 über einen studentischen Prorektor Mitspracherecht. Entscheidungskompetenzen dürfen zudem nicht aus  
45 demokratisch legitimierten Gremien in extern besetzte Runden wie den Hochschulrat wandern.

#### 46 **Frauen an die Lehrstühle!**

47 Ist während des Studiums das Verhältnis zwischen Männern und Frauen noch weitestgehend ausgeglichen,  
48 nimmt dieses Gleichgewicht in der weiteren akademischen Laufbahn des akademischen Betriebes sukzessi-  
49 ve ab. Unter Professor\*innen machen Frauen lediglich einen Anteil von 30% aus, bei C4-Professuren sind es  
50 gar nur noch 10%. Vor allem in den MINT-Fächern ist die Dominanz von Männern allgegenwärtig und in For-  
51 schungseinrichtungen wie dem Fraunhofer-Institut liegt der Anteil von Frauen in Leitungspositionen im unte-  
52 ren einstelligen Prozentbereich. Auch wenn sich in den vergangenen Jahren Besserung abzeichnete, müssen  
53 Maßnahmen zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft viel intensiver verfolgt und finanziell unterstützt  
54 werden. Dazu gehören Mentoringprogramme und Karriereberatungsstellen für Frauen auf dem wissenschaft-  
55 lichen Berufsweg. Des Weiteren muss unser Ziel eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent unter den Be-  
56 rufungen sein, um bestehende Chancenungleichheiten zu bekämpfen. Familienzeiten dürfen Bewerber\*innen  
57 unter keinen Umständen benachteiligen. Außerdem muss der Einfluss von Frauen\*beauftragten und Gleich-  
58 stellungsbeauftragten gestärkt werden. Auch gilt es insbesondere für Frauen in allen Beschäftigungsberiechen  
59 mehr unbefristete Stellen mit flexiblen Arbeitszeiten und eine verlässliche Kinderbetreuung an den Hochschu-  
60 len zu schaffen. Der Kreislauf von Männern, die, wie hinreichend belegt, vor allem Männer fördern, muss  
61 durchbrochen werden.

#### 62 **Gemeinsam gegen den Rückschritt – Für ein selbstbestimmtes Studium!**

63 Die Entwicklungen in NRW führen uns alarmierend vor Augen, dass Errungenschaften von Selbstbestimmung  
64 und demokratischen Mitspracherechten keine Bestandsgarantie haben und im Angesicht konservativer Kräf-  
65 te schnell zur Disposition gestellt werden. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig, dass wir unsere Ideale eines  
66 offenen, selbstbestimmten und emanzipatorischen Studiums hochhalten. Dabei suchen wir immer auch den  
67 Schulterchluss zu unseren Bündnispartner\*innen wie Gewerkschaften oder anderen Studierendenverbän-  
68 den. Wir kämpfen gemeinsam für ein gutes Studium für alle!

## IGGS – Kind ist Kind

1 Für ein ernsthaftes, progressives Konzept der inklusiven Ganztags-Gesamtschule, als Ersatz zum mehrgliedri-  
2 gen, selektiven Schulsystem in NRW fordern wir:

### 3 **Die inklusive Ganztags Gesamtschule**

4 Das oberste Ziel der IGGS ist es selbstbestimmte junge Menschen nach Erwerb des Schulabschlusses zu entlas-  
5 sen, die durch die inklusive Beschulung keine Angst vor Fremden oder Minderheiten hegen und Unterschied-  
6 lichkeit positiv aufnehmen.

7 Für das Gelingen der vorgestellten Schulform ist die Verknüpfung der oben genannten Punkte essentiell, da  
8 sie nur im Kollektiv vereint in der inklusiven Ganztags Gesamtschule die Selektion in unserem Schulsystem  
9 überwinden können.

10 Die Finanzierung der IGGS muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein. Eine längere Vernachlässigung in die  
11 Ressource Bildung ist nicht akzeptabel.

12 Nur durch eine wertschätzende Finanzierung kann langfristig Erfolg und Wohlstand gewährleistet wer-  
13 den.

14 Die IGGS ist eine Gesamtschule, die mit einem allgemeinen Schulabschluss nach der 10. Klasse oder der allge-  
15 meinen Hochschulreife nach der 13. Klasse ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

16

#### 17 • **eine kostenfreie Ganztags-Gesamtschule:**

18 Sowohl die Beschulung, als auch die Lernmittel werden kostenfrei zur Verfügung gestellt.

#### 19 • **ortsnahe Schulplätze:**

20 Es stehen ausreichend ortsnahe Schulplätze zur Verfügung. Sollte die Schule nicht fußläufig sein, sollen kos-  
21 tenfreie Transportmöglichkeiten, durch beispielsweise Busse, zur Verfügung gestellt werden.

#### 22 • **altersübergreifendes Lernen:**

23 Die IGGS ist eine Schule für Kinder von der 1. bis zur 10. beziehungsweise 13. Klasse.

24 Wir behalten die räumliche Trennung in Form von verschiedenen Gebäuden und auch Schulhöfen bei, um  
25 insbesondere für jüngere Kinder einen Schutzraum aufrecht zu erhalten. Dabei trennen wir binär: 1.-4. Klas-  
26 se und 5.-13. Klasse. Die Heterogenität der Schüler\*innen bei der Aneignung von Unterrichtsinhalten muss  
27 mit einem binnendifferenzierten Unterricht beantwortet werden, der allen Schüler\*innen unabhängig von ih-  
28 rem Leistungsstand, im Gegensatz zu dem ihrer Klasse, individuelle Lernfortschritte ermöglicht. Hierfür soll  
29 der Unterricht teilweise altersübergreifend stattfinden, damit die jüngeren Schüler\*innen von den Älteren ler-  
30 nen können. Vor allem Projekte z.B. zum Thema Klimaschutz oder soziale Ungleichheit sollen in heterogenen  
31 Gruppen durchgeführt werden.

32 Auch eine Differenzierung im Sinne von kleineren Lerngruppen bis hin zum Einzelunterricht soll in bestimmten  
33 Lernsituation angeboten werden.

34 Der altersübergreifende Unterricht ermöglicht den Pädagog\*innen mehr Flexibilität. Je nach Lernsituation ist  
35 es also möglich, dass Schüler\*innen unabhängig ihres Alters entweder mit Mitschüler\*innen des gleichen  
36 Kenntnisstandes lernen oder unterschiedliche Lernniveaus voneinander profitieren.

#### 37 **Inklusion:**



38 Jeder Mensch hat das Recht ein gleichberechtigter Teil der Gesellschaft zu sein. So steht es auch in den Behin-  
39 dertenrechtskonventionen der UN, die seit 2009 auch in Deutschland gelten.

40 Wir stehen bedingungslos hinter dem Inklusionsgedanken und wollen diesen daher ausbauen.

41 *Wir fordern für das Gelingen eines inklusiven Bildungssystems:*

42 • **multiprofessionelle Klassenlehrer\*innen-Teams:**

43 Bestehend aus mindestens zwei Regellehrkräften, von denen mindestens eine den ganzen Tag über die Klas-  
44 se betreut und mindestens einer sonderpädagogischen Fachkraft. Jede Unterrichtssituation findet demnach  
45 mindestens in **Doppelbesetzung** statt. Außerdem sehen wir die Inklusions- sowie die Assistenzkräfte als Teil  
46 des multiprofessionellen Teams einer Klasse an, deren Aufgabe jedoch ausschließlich die Betreuung ist und  
47 die nicht auch noch aufgrund von Personalmangel Unterrichtsaufgaben übernehmen dürfen, wie es leider  
48 teilweise passiert.

49 • **kleine Lerngruppen:**

50 Ein Klassenlehrer\*innen Team ist für eine möglichst kleine Klasse zuständig.

51 Wir setzen uns für **ein Maximum von 20 Schüler\*innen** ein, von denen bis zu 5 Schüler\*innen einen sonder-  
52 pädagogischen Förderbedarf haben.

53 • **diverse Förderschwerpunkte:**

54 Um die vielseitige sonderpädagogische Arbeit zu garantieren sollen in den Klassen möglichst **verschiedene**  
55 **Förderschwerpunkte** vertreten sein (Lernen, emotional, geistige Entwicklung, Sprache, körperlich, motori-  
56 sche Entwicklung, Hören, Sehen).

57 • **individuelle Förderung:**

58 Schüler\*innen mit Förderbedarf und Lernschwächen erhalten einen **individuellen Förderplan** sowohl für den  
59 Unterricht als auch den Ganztagsbereich der IGGS, der sich aus einem Förderprofil auf Basis einer inklusiven  
60 Förderdiagnostik ableitet.

61 • **1 zu 1 Betreuung:**

62 Um insbesondere Schüler\*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf die Aneignung von Unterrichtsin-  
63 halten zu erleichtern soll jeder\*m\* Schüler\*in, in 1 zu 1 Betreuung, eine **Inklusionskraft** mit sonderpädago-  
64 gischer Ausbildung zur Verfügung gestellt wird, die die Arbeit der Schüler\*innen unterstützen.

65 Schüler\*innen mit besonderen körperlichen Bedürfnissen sollen **Assistenzkräfte** gestellt bekommen um de-  
66 ren hygienische und medizinische Versorgung zu gewährleisten.

67 • **Förderstützpunkte:**

68 Wenn der sonderpädagogische Fördergrad die inklusiven Mittel der IGGS, im Sinne des gemeinsamen Unter-  
69 richtes übersteigt und die angemessene Förderung durch Regelbeschulung nicht gewährleistet werden kann  
70 oder der Elternwille gegen die Beschulung an der IGGS spricht, sollen Förderstützpunkte eingerichtet werden.  
71 Diese Förderstützpunkte sind **an die IGGS angegliedert** und befinden sich am selben Standort, bekommen  
72 jedoch **eigene Mittel und Räumlichkeiten**. Die Förderstützpunkte sind so lange nötig, bis die Struktur der  
73 IGGS gewährleisten kann, dass Kinder und Jugendliche mit besonderen Einschränkungen fachgerecht betreut  
74 werden können. Ziel unserer Politik muss es jedoch sein, die IGGS so zu gestalten, dass derartige Förderstütz-  
75 punkte überflüssig werden. Während diese noch bestehen, sollen Kinder die durch Förderstützpunkte beschult  
76 werden, die Zeit im Ganztagsprogramm sowie in Pausen gemeinsam mit Schüler\*innen der IGGS verbringen,  
77 damit soziale Strukturen gefördert und gefestigt werden.

78

79 **Infrastruktur:**

80 Die IGGS muss mit der notwendigen Infrastruktur ausgestattet werden.

81 *Daher fordern wir:*

82 • **inklusionsgerechte Räumlichkeiten:**

83 Die Räumlichkeiten müssen in jedweden Hinsichten **barrierefrei** sein, z.B. im Hinblick auf Rampen, Aufzügen,  
84 Sanitäranlagen, Beleuchtung, Höranlagen, Rückzugsräume oder Lernlandschaften.

85 Außerdem soll an jeden Klassenraum ein **Differenzierungsraum** angegliedert werden um Gruppenarbeiten  
86 zu erbringen oder intensive Förderungen kleiner Schüler\*innengruppen durchzuführen.

87 • **Fahrdienste:**

88 Für Schüler\*innen, die ihren Schulweg nicht ohne Unterstützung bewältigen können, muss die Zusammenar-  
89 beit mit Fahrdiensten eingerichtet werden um ein **sicheres und zuverlässiges bestreiten des Schulweges**  
90 zu garantieren. Diese müssen an den Schulen ausreichende Parkplatzmöglichkeiten zur Verfügung gestellt  
91 bekommen, damit ein sicherer Ein- und Ausstieg möglich ist.

92 Zur Umsetzung müssen die benötigten finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

93 **Ganzttag**

94 An der IGGS besuchen die Schüler\*innen die Schule ganztägig. Die Schule soll ein Betreuungsangebot ab 8  
95 Uhr bieten, Unterrichtsbeginn ist ab 9 Uhr.

96 • **Abschaffung von Hausaufgaben:**

97 Hausaufgaben, im Sinne von Zwang zum Erbringen von Leistungen nach der Schule, entfallen. Selbstständig-  
98 keit wird durch Freiräume in der Gestaltung des eigenen Stundenplans erlernt. Stattdessen fordern wir offene  
99 Lernstunden, in denen die Schüler\*innen unter Betreuung von Lehrkräften eigenverantwortlich beispielsweise  
100 Vokabeln lernen können oder Projekte und Referate erarbeiten.

101 • **Klimaneutrale Schule:**

102 In Zeiten in denen der Klimawandel ein immer wichtigeres Thema wird, soll die IGGS vorbildhaft klimaneu-  
103 tral funktionieren und den Schüler\*innen einen bewussten Umgang mit der Umwelt vermitteln. Dazu sollen  
104 bspw. die Folgen des Klimawandels in verschiedenen Projekten fächerübergreifend erarbeitet und mögliche  
105 Lösungsstrategien für den Einzelnen, vor allem aber für die Gesellschaft entwickelt werden. An technologi-  
106 schem Fortschritt soll auch im Rahmen des Naturwissenschaftsunterrichts geforscht werden. Nachhaltige For-  
107 schungsprojekte sollen finanziell gefördert werden und regelmäßig mit Preisen belohnt werden.

108 Auf Plastikverpackungen soll langfristig verzichtet werden.

109 Außerdem soll der Schulhof klimafreundlich gestaltet werden in dem dort Bäume und Pflanzen wachsen und  
110 die Infrastruktur für Fahrräder zur Verfügung steht. Die Schüler\*innen sollen sich bspw. in Form einer AG  
111 selbstständig um einen Schulgarten und Bienen kümmern können. Des Weiteren soll das angebotene Essen  
112 möglichst regional, saisonal und fleischarm sein. Auch der Schulhof soll grün gestaltet werden. Bäume sind  
113 die besten natürlichen Schattenspenden und sorgen im wahrsten Sinne für ein gutes Klima auf dem Schul-  
114 hof.

115 • **Gesundheit lernen:**

116 Die Verpflegung mit Lebensmitteln wird kostenfrei durch die IGGS organisiert. Die Schüler\*innen bekommen  
117 ein gesundes Frühstücks- und Mittagsangebot mit jeweils einer vegetarischen beziehungsweise veganen Al-  
118 ternative zu Fleischgerichten. Den Schüler\*innen wird auch während des Unterrichtes Wasser zur Verfügung  
119 gestellt.

120 Parallel zum gesunden Lebensmittelangebot vermittelt die IGGS den Schüler\*innen verstärkt einen bewussten  
121 Umgang mit Lebensmitteln.

122 Auch im Hinblick auf ergonomisches Mobiliar und Sportangebote soll den Schüler\*innen ein gesünderer Le-  
123 bensstil vorgelebt werden. Besonders Pausen müssen durch entsprechende Angebote aktiv gestaltet werden.  
124 Das momentane Mobiliar ist ergonomisch nicht tragbar. Für die Schüler\*innen sollen bequeme Sitzmöglichkei-  
125 ten geschaffen werden z.B. mit Sitzkissen. Bei der Gestaltung sollen alle Schüler\*innen eingebunden werden  
126 und Verantwortung übernehmen durch das Anleiten anderer Mitschüler\*innen.

127 Der Sportunterricht soll die Interessen und Talente der Schüler\*innen fördern. Die Pausenangebote dienen  
128 zur Vertiefung. Es ist also dringend notwendig das Sportgeräte, Bälle, Schläger etc. durch die Schule gestellt  
129 werden.

130 • **Nachmittagsangebote:**

131 Neben sportlichen Angeboten sollen, um den Anspruch der IGGS den Schüler\*innen einen Lern- und Lebens-  
132 ort bieten zu können, gegründete Arbeitsgemeinschaften von der Schule, z.B. in finanzieller, organisatorischer  
133 oder räumlicher Hinsicht gefördert werden. Ebenso wie kreative, musische, sprachliche, natur- oder geistes-  
134 wissenschaftliche Angebote.

135 Damit ein vielfältiges Nachmittagsangebot möglich ist, sollten Kooperationen mit lokal angesiedelten Vereinen  
136 und anderen Organisation stattfinden.

137 Darüber hinaus sollen Schüler\*innen, die sich außerunterrichtlich gesellschaftlich, z.B. in Vereinen oder po-  
138 litischen Organisationen engagieren, auch im Zuge des Ganztagsunterrichts die Möglichkeit erhalten ihrem  
139 Engagement nachkommen zu können.

140 Zur Förderung einer angemessenen Lern- und Lebensatmosphäre sollen umfassende Aufenthaltsbereiche  
141 geschaffen werden, die den Bedürfnissen des Ganztags gerecht werden. Dies beinhaltet z.B. Entspannungs-  
142 möglichkeiten und Räumlichkeiten zur vielfältigen sportlichen Betätigung.

143 • **Solidarisches Zusammenleben:**

144 Wenn die Schumatmosphäre durch Diskriminierung u.ä. gestört wird muss dies frühzeitig erkannt und beendet  
145 werden. Um Diskriminierung zu vermeiden ist die Förderung der Klassengemeinschaft, unter anderem durch  
146 Klassenfahrten, Ausflüge sowie durch Klassenratssitzungen, in denen die Schüler\*innen lernen, ihre Konflik-  
147 te eigenverantwortlich zu lösen, einzurichten. Außerdem sollen Schüler\*innen im Rahmen einer Streitschlich-  
148 ter\*innenausbildung dazu qualifiziert werden, klassenübergreifende Konflikte auf Augenhöhe zu lösen.

149

150 **Gesamtschule:**

151 Auf der IGGS sollen alle Kinder nach ihren individuellen Fähigkeiten bestmöglich gefördert werden und Kom-  
152 petenzen erhalten, die weit über den Unterrichtsstoff hinausgehen.

153 *Daher fordern wir:*

154 • **Digitalisierung:**

155 Des Weiteren soll für alle Mitwirkende an der IGGS ein frei zugänglicher WLAN-Hotspot sowie zeitgemäße  
156 digitale Endgeräte wie Laptops für jeden Schüler\*in zur Verfügung stehen. Der Unterricht soll vermehrt digital  
157 stattfinden.

158 Der verantwortungsvolle Umgang mit Medien soll in der IGGS Bestandteil aller Unterrichtsfächer sein und  
159 von den Lehrkräften an relevanten Punkten aufgegriffen werden. Darüber hinaus soll das Fach Informatik  
160 unterrichtet werden, um die Schüler\*innen dazu zu befähigen, z.B. Algorithmen zu hinterfragen und mündig  
161 mit der gegebenen Technik und ihren Möglichkeiten umzugehen.

162 Die IGGS macht sich die Möglichkeiten der Digitalisierung zunutze und arbeitet zunehmend digital, z.B. mit  
163 OER (Open Educational Resources). Der Datenschutz der Schüler\*innen und Mitarbeitenden muss bei der  
164 Digitalisierung der Schule stets gewährleistet sein.

165 Damit das optimale Arbeiten für alle Beteiligten sichergestellt werden kann, soll sich für die Schulen des Lan-  
166 des NRW eine Expert\*innengruppe bilden, deren Aufgabe es ist effizientes Arbeiten mit digitalen Medien zu  
167 fördern.

168 • **Geisteswissenschaftlicher Schwerpunkt im Abitur:**

169 In Zukunft soll nicht nur ein Abitur mit einem sprachlichen oder einem naturwissenschaftlichen Schwerpunkt  
170 ermöglicht werden, sondern auch ein geisteswissenschaftlicher und musischer Schwerpunkt.

171 Das Angebot der Zusatzkurse in den Fächern Geschichte und Sozialwissenschaften wollen wir durch verpflich-  
172 tende Grundkurse in eben diesen über die gesamte Oberstufe ersetzen.

173 • **Berufs- und Studienorientierung:**

174 Die IGGS ist für uns ein Ort der freien, demokratischen und selbstbestimmten Entwicklung und hat nicht die  
 175 Aufgabe, zukünftige Arbeitskräfte für die Wirtschaft zu produzieren. Entsprechend muss die Berufs- und Studi-  
 176 enorientierung zwingend eine Beratungsfunktion für die Schüler\*innen erfüllen und darf nicht, wie es teilweise  
 177 aktuell der Fall ist, Werbung im Sinne aktueller wirtschaftlicher Bedarfe betreiben. Das Programm „Kein Ab-  
 178 schluss ohne Anschluss“ (KAoA) ist entsprechend zu reformieren. Grundsätzlich halten wir die Zusammenar-  
 179 beit mit verschiedenen Kooperationspartner\*innen (Unternehmen, Universitäten, Sozialverbände etc.) jedoch  
 180 für richtig und sehen Berufs- Studien- und Sozialpraktika als wichtigen Bestandteil der Berufs- und Studienori-  
 181 entierung in der Schule an.

182 Außerdem informiert die IGGS Schüler\*innen über die verschiedenen Möglichkeiten für die individuelle Le-  
 183 bensgestaltung wie z.B. das Ableisten von Auslandsjahren, Praktika oder eines freiwilligen Jahres. Die Welt  
 184 wird zunehmend immer vernetzter und rückt weiter zusammen, weshalb es immer wichtiger wird, dass Schü-  
 185 ler\*innen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft die Möglichkeit bekommen ein Auslandsjahr zu absolvieren,  
 186 um neue Kulturen und Sprachen kennenzulernen. Stipendienprogramme sollen mehr beworben und geför-  
 187 dert werden. Auch ein Austausch mit Erasmus soll für Schüler\*innen möglich sein. Ziel muss es sein, dass  
 188 jede\*r unabhängig des Einkommens Auslandserfahrungen sammeln kann. Darüber hinaus soll der Kontakt  
 189 zwischen Schüler\*innen verschiedener Länder durch Schüler\*innenaustausche mit Besuch und Gegenbesuch  
 190 gefördert werden.

191 • **Keine Selektion:**

192 Das Sitzenbleiben an der IGGS wird, wie es aktuell im dreigliedrigen Schulsystem praktiziert wird, nicht exis-  
 193 tieren. Schüler\*innen, die Probleme in einzelnen Fächern haben, sollen eine spezielle, individuell angepas-  
 194 ste Förderung in den leistungsdefizitären Fächern erhalten. Auch das Konzept der Abschulung auf niedrigere  
 195 Schulformen wird durch die Einführung der IGGS überwunden.

196 • **Individuelles Lernen:**

197 Die Heterogenität der Schüler\*innen bei der Aneignung von Unterrichtsinhalten muss mit einem binnendiffe-  
 198 renzierten Unterricht beantwortet werden, der allen Schüler\*innen unabhängig von ihrem Leistungsstand im  
 199 Gegensatz, zu dem ihrer Klasse individuelle Lernfortschritte ermöglicht.

200 Auch eine Differenzierung im Sinne von kleineren Lerngruppen bis hin zum Einzelunterricht soll in bestimmten  
 201 Lernsituation angeboten werden.

202 Der Ganzttag verfolgt das Ziel die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schüler\*innen zu fördern.  
 203 Deshalb sollen die Schüler\*innen während des Unterrichtes in individueller Geschwindigkeit die Themen  
 204 des jeweiligen Jahrgangs durcharbeiten. Neben individuellen Lernen soll aber auch Gruppenarbeit gefördert  
 205 werden, in der die Schüler\*innen voneinander lernen können und alle ihre Stärken einfließen lassen kön-  
 206 nen.

207 Das gemeinsame Lernen der Schüler\*innen wird durch eine Klassenleitung bestehend aus mindestens zwei  
 208 Regellehrkräften betreut, die in Form eines Tutoriums als Ansprechpersonen fungieren.

209 Grundlage der wöchentlich stattfindenden Gespräche zwischen Tutor und Schüler\*in wird ein „Lernbuch“ sein,  
 210 dass die wöchentlichen Ziele und tatsächlichen Erfolge dokumentiert und ebenfalls zu der Kommunikation mit  
 211 den Eltern beitragen soll, die das „Lernbuch“ mindestens wöchentlich durchschauen sollen.

212 • **Alternative Leistungsbewertung:**

213

214 Zensuren in Form der Ziffernoten von 1 bis 6 werden abgeschafft. Stattdessen fordern wir ein Notenspektrum  
 215 von 1-20, um die Entwicklung im einzelnen Fach abbilden zu können. Wir wissen, dass dies nicht ausreicht  
 216 und fordern deswegen, dass zusätzlich individuelle schriftliche Rückmeldungen gegeben werden, worin die  
 217 Lehrer\*innen auf Besonderheiten im jeweiligen Fach hinweisen können.

218 Den Lehrer\*innen muss ausreichend Zeit eingeräumt werden in denen sie die schriftlichen Beurteilungen  
 219 verfassen.

220 • **Projektlernen:**

221 Der Unterricht soll nicht mehr nur in den starren Stundenformen stattfinden, sondern vor allem fächerüber-  
222 greifend in Form von Projekten. Bei vielen Themen ist es daher sinnvoll, dass die Schüler\*innen ein Thema  
223 multiperspektivisch in einem Projekt behandeln.

#### 224 **Verbesserte Integration:**

##### 225 • **Flucht:**

226 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die z.B. aus Gründen der Familienzusammenführung oder der  
227 Flucht aus einem anderen Land nach Deutschland gekommen sind und unter die gesetzliche Schulpflicht fallen,  
228 besuchen die IGGS zunächst in Willkommensklassen, in denen speziell ausgebildete Lehrpersonal die deutsche  
229 Sprache, unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Sprachkenntnisse, lehrt. Parallel zum Deutschun-  
230 terricht in den Willkommensklassen können die Schüler\*innen bereits am Unterricht der Regelklassen teil-  
231 nehmen. Des Weiteren nehmen sie die Ganztagsangebote der IGGS wahr. Neben dem Ziel, Deutsch zu erlernen  
232 sollen die Schüler\*innen möglichst gut in die Regelklasse integriert werden, sodass sie nach Erlernen der not-  
233 wendigen Deutschkenntnisse in der Willkommensklasse ganztägig in die Regelklasse wechseln und dort ihren  
234 angestrebten Schulabschluss machen können. Die Integration ist aus Perspektive des Geflüchteten zu den-  
235 ken, insbesondere Kindern die traumatische Erfahrungen gemacht haben muss die nötige Zeit eingeräumt  
236 werden die Ereignisse zu verarbeiten. Schule soll an dieser Stelle eine Hilfe, keine zusätzliche Belastung sein.  
237 Lehrer\*innen müssen geschult werden im Umgang mit psychischen Traumata.

##### 238 • **Migration:**

239 Menschen mit Migrationshintergrund haben nach wie vor nicht die gleichen Bildungschancen in Deutschland.  
240 Gerade in Familien in denen die Eltern ihren Kindern Deutsch nicht ausreichend vermitteln können ist der  
241 Staat in besonderer Weise gefragt. Zum einen muss es Deutschkursangebote geben, zum anderen muss das  
242 Unterrichtsmaterial auf verschiedenen Deutschniveaus vorbereitet werden. So wird gewährleistet, dass ein  
243 Defizit in der Sprache sich nicht auf das Leistungsniveau in anderen Fächern auswirkt. Ziel ist dennoch, dass  
244 alle Deutsch in Schrift und Sprache am Ende der Schulzeit beherrschen.

245 Die IGGS ist eine Schule ohne Rassismus. Projekte, die sich für eine weltoffene Gesellschaft einsetzen wie z.B.  
246 „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ werden von der Schule gefördert.

247 Es finden regelmäßige Veranstaltungen statt, die an solche Projekte angelehnt werden.

#### 248 **Mehr Mitbestimmung für Schüler\*innen:**

249 Die IGGS ist ein Ort an dem Demokratie gelebt wird. Daher haben alle Schüler\*innen das Recht sich aktiv in die  
250 Schulplanung einzubringen. Es soll ein Schüler\*innenparlament geben in dem die gewählten Vertreter\*innen  
251 der Klassen sitzen und zusammen über Anträge diskutieren und entscheiden können. Über beschlossenen  
252 Anträge wird auf der Schulkonferenz abgestimmt. Außerdem soll die Schülervertretungen werden mit allen  
253 benötigten Mitteln wie z.B. Räumlichkeit, finanzielles Budget und organisatorische Unterstützung durch Ver-  
254 bindungslehrer\*innen gefördert werden. Alle Schüler\*innen sollen sich in der Schüler\*innenvertretung mit  
255 einbringen dürfen.

256 Schüler\*innen werden zu inner- und außerschulischen Engagement ermuntert.

257 Schüler\*innen werden bei sämtlichen Schulentwicklungsprozessen eingebunden.

258 Darüber hinaus finden regelmäßige Schüler\*innenbefragungen durch um die Qualität der IGGS stetig zu ver-  
259 bessern.

#### 260 **Aneignung von Schlüsselkompetenzen:**

261 Der Unterricht an der IGGS soll sich am realen Leben orientieren. Neben allgemeinbildenden Kenntnissen  
262 sollen Schüler\*innen besonders gemeinsam in gegenseitiger Unterstützung praxisbezogen unterrichtet wer-  
263 den.

264 Ebenso sollen die Schüler\*innen politisch gebildet werden, sowohl während des Unterrichtes als auch bei  
265 Veranstaltungen und Projekten wie z.B. Podiumsdiskussionen.

266 Leistungsstarke und leistungsschwache Schüler\*innen werden in der IGGS gleichermaßen gefördert und ge-  
267 fordert.

268 Um das Angebot der IGGS zu erweitern werden Kooperation mit jedweden öffentlichen und gesellschaftlichen  
269 Einrichtungen angestrebt.

270 **Schulpersonal:**

271 Um den Personalschlüssel zu decken, der für eine IGGS an Lehrer\*innen notwendig ist, muss in den nächs-  
272 ten Jahren daran gearbeitet werden mehr Lehrer\*innen zu werben. Dafür ist es wichtig, den Beruf aktiv zu  
273 bewerben und für eine bessere Bezahlung zu sorgen (A13Z). Auch ist über ein Streikrecht für Beamte nachzu-  
274 denken. Vertretungsstunden müssen in Zukunft ab der ersten Stunde gleichwertig vergütet werden. Eine un-  
275 gleiche Bezahlung von Beamt\*innen und angestelltem Lehrpersonal lehnen wir strikt ab. Gleiche Arbeit muss  
276 gleich vergütet werden, dies gilt auch für Lehrkräfte der verschiedenen Klassenstufen. Zwischen Grundschule  
277 und Weiterführenden Stufen unterscheiden wir nicht in der Bezahlung! Ebenso sehen wir in Entlassungen von  
278 Lehrer\*innen über die Sommerferien einen untragbaren Zustand. Der Berufsstand der Lehrkräfte wird auch  
279 dadurch attraktiver, dass unbefristete Arbeitsverträge zum Normalfall erhoben werden.

280 **Sozialarbeit/ Sonderpädagog\*innen:**

281 Außerdem muss das Stellenbudget für Sonderpädagog\*innen vom Land NRW erhöht werden. Während der  
282 Lehrer\*innenausbildung sollen sonderpädagogische Inhalte vermehrt vermittelt werden. Sonderpädagog\*in-  
283 nen sollen vertieft erlernen wie die Förderung von Kindern mit Behinderung in einem inklusiven Schulsystem  
284 gewährleistet werden kann. Darüber hinaus müssen für alle Arbeitskräfte, die am und mit den Kindern arbei-  
285 ten kostenfreie Weiterbildungsmöglichkeiten bestehen um die optimale Förderung zu sichern.

286 Lehrkräfte können durch die Multiprofessionalität der Teams voneinander lernen. Dies ist durch eine wöchent-  
287 liche Konferenz der Klassenlehrkräfte sicherzustellen, auch sollen halbjährige Teambuildingmaßnahmen zu  
288 Förderung der Kommunikation der Kolleg\*innen stattfinden.

289 Schulsozialarbeit soll an der IGGS das Bindeglied zwischen schulischer Pädagogik und elterlicher Erziehung  
290 darstellen. Den Schüler\*innen soll durch die Schulsozialarbeiter\*innen ein dauerhaftes und niederschwelli-  
291 ges Angebot gemacht werden bei Probleme inner- und außerschulischer Natur eine Ansprechperson zu ha-  
292 ben die individuelle Lösungsansätze finden. Die Arbeit der Schulsozialarbeiter\*innen muss mehr gewürdigt  
293 werden, da sie genau wie Lehrer\*innen eine essenzielle Aufgabe in der IGGS haben. Daher sollte auch der  
294 Lohn an den des Lehrpersonals angeglichen werden. Die Anzahl der Sozialarbeiter\*innen soll sich dabei an  
295 der Zahl der Schüler\*innen orientieren. Langfristig ist zu klären, ob Schulsozialarbeit beim Bund, Land oder  
296 bei der Kommune angegliedert sein soll. Doppelstrukturen beim Jugendamt in der Sozialarbeit sind langfristig  
297 abzuschaffen.

298 Zielsetzung der Arbeit in multiprofessionellen Teams ist es das Kind ganzheitlich zu betrachten

299 **Finanzierung:**

300 Das Bildungsangebot der IGGS ist kostenfrei und garantiert allen Schüler\*innen eine  
301 gleichberechtigte Teilhabe ohne Einfluss der sozialen oder ethnischen Herkunft der Schüler\*innen.

302 Aktuell liegt das Budget für Bildung in Deutschland 30 Milliarden Euro unter dem OECD Schnitt.

303 Die Finanzierung der IGGS soll durch das Land unter Berücksichtigung des Sozialindex, der unter ande-  
304 rem die Anzahl der Schüler\*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf berücksichtigen soll, getragen wer-  
305 den in Kooperation mit dem Bund, welcher besondere finanzielle Mittel zur Förderung der IGGS bereitstellen  
306 soll.

307 Auch bedarf die inklusive Arbeit spezielles Fördermaterial, dessen Anschaffung finanziell durch entsprechende  
308 Mittel abgedeckt werden muss.

309 Privatschulen sollen dauerhaft abgeschafft werden. Mittel des Landes sollen ausschließlich für öffentliche  
310 Schulen verwendet werden.

311

## Verhütungsmittel kassenfinanziert

- 1 **Ausgangspunkt:** Bisher können nur Frauen auf gesetzlich festgelegte Mittel zurückgreifen und hormonelle
- 2 Verhütungsmittel bis zum 22 Lebensjahr bei der Krankenkasse beantragen.
- 3 **Beschlusstext:** Der Landesausschuss möge beschließen, dass Menschen ohne Altersbeschränkung Kondome
- 4 bei der Krankenkasse beantragen können. Die Beantragung und die Herausgabe von Verhütungsmitteln
- 5 soll ohne jegliche Geldaufwendung erfolgen. Die Beantragung soll ohne Ausschluss von Alter oder Geschlecht
- 6 erfolgen.

# LA9

## Gesetzeslücke schließen: Keine unbezahlte „Test-Arbeit“

1 Trotz des 2014 auf Initiative der SPD eingeführten allgemeinen Mindestlohns gibt es nach wie vor einige Geset-  
2 zeslücken, die ausgenutzt werden können, diesen zu umgehen. Eine davon ist das sogenannte Einfühlungsver-  
3 hältnis. Darauf kann zurückgegriffen werden, um Arbeitnehmer\*innen „die Möglichkeit zu geben, die betrieb-  
4 lichen Gegebenheiten kennenzulernen“ (2015, Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz). Es unterscheidet sich  
5 von einem Probearbeitsverhältnis dadurch, dass der\*die Arbeitnehmer\*in einerseits nicht vergütet werden  
6 muss und andererseits (quasi als logische Konsequenz daraus) nicht verpflichtet ist, die für ein Arbeitsver-  
7 hältnis typischen Pflichten zu erfüllen. Wir halten diese Regelung weder für sinnvoll noch zielführend. Denn  
8 die vom Landesarbeitsgericht gesetzte Definition gleich weniger einem Arbeitsverhältnis als viel eher einem  
9 Praktikum. Daher fordern wir die Angleichung der Bestimmungen für Einfühlungsverhältnisse an die für vergü-  
10 tete Praktika (siehe Beschluss der LaKo 2015 „Mindestlohnpolitik und Praktika: Erfolge zeigen und als Beispiel  
11 vorangehen“).